



Erklärung

für die gemeinsame Optimierung, Beschleunigung und Unterstützung von Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (»Regional-Initiative Wind«)



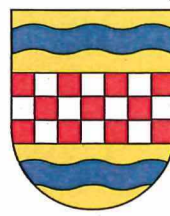
Bezirksregierung Arnsberg



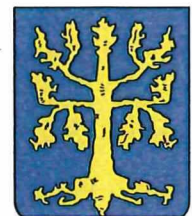
Stadt Bochum



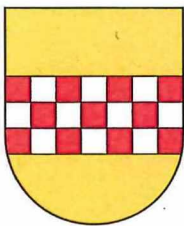
Stadt Dortmund



Ennepe-Ruhr-Kreis



Stadt Hagen



Stadt Hamm



Stadt Herne



Hochsauerlandkreis



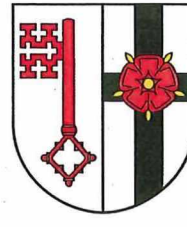
Märkischer Kreis



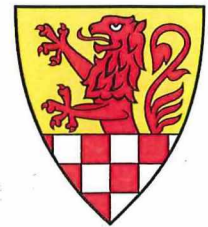
Kreis Olpe



Kreis Siegen-Wittgenstein



Kreis Soest



Kreis Unna

Erklärung

für die gemeinsame Optimierung, Beschleunigung und Unterstützung von Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz („Regional-Initiative Wind“)

Zur Optimierung, Beschleunigung und Unterstützung von Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen und anderen Anlagen der Erneuerbaren Energien im Regierungsbezirk haben die Beteiligten eine gemeinsame Absichtserklärung abgegeben. Damit haben sie sich zur Erreichung des 1000-WKA-Ziels bekannt und eine Kooperation über sämtliche Verwaltungsebenen vereinbart.

Die Beteiligten haben vereinbart, dass in jedem Regierungsbezirk die Bezirksregierungen sowie die Kreise und kreisfreien Städte zur Optimierung, Beschleunigung und Unterstützung von Genehmigungsverfahren eng zusammenarbeiten („Regional-Initiative Wind“). Hierzu verständigen sich die Bezirksregierung und die Kreise sowie die kreisfreien Städte auf die nachstehenden Eckpunkte für die künftige Zusammenarbeit:

1. Ausgestaltung und Aufgaben

Die Bezirksregierung berät die Kreise und kreisfreien Städte zu juristischen und fachlichen Fragestellungen und unterstützt die Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz.

Die Bezirksregierung stellt im Rahmen ihrer Bündelungsfunktion den Kreisen und kreisfreien Städten eine themenübergreifende Beratung zu allen Fragen im Zusammenhang mit der Genehmigung von Windenergieanlagen zur Verfügung.

Die Bezirksregierung und die Kreise sowie die kreisfreien Städte vereinbaren ein Format des regelmäßigen Austauschs, um aktuelle Frage- und Problemstellungen bei der Genehmigung von Windenergieanlagen sowie konkrete, schwierige Einzelfälle zu besprechen und Lösungen zu entwickeln.

Bei der Ausgestaltung der Zusammenarbeit soll auch die Etablierung eines aktiven Verfahrensmanagements für die zügige Abwicklung von Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen Berücksichtigung finden. Durch eine verbesserte und kontinuierliche Zusammenarbeit, Beratung und Kommunikation über alle Ebenen sollen ferner Hindernisse und Probleme identifiziert und im Regierungsbezirk oder durch einen landesweiten Austausch gelöst werden.

Um eine landesweite Nutzbarmachung von Erkenntnissen und Lösungsvorschlägen zu gewährleisten, sollen Möglichkeiten eines Ausbaumonitorings und einer landesweiten Weitergabe von Erkenntnissen und Lösungsvorschlägen für Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz aus den einzelnen Regionen geschaffen werden.

2. Evaluation

Das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr evaluiert die Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit der Zusammenarbeit spätestens zwei Jahre nach Inkrafttreten der Erklärung in Hinsicht auf die oben genannten Ziele.

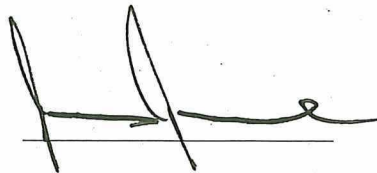
Arnsberg, im März 2023



Heinrich Böckelühr
Bezirksregierung Arnsberg



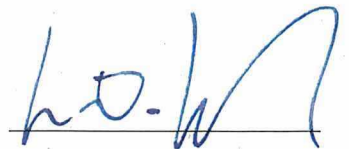
Thomas Eiskirch
Stadt Bochum



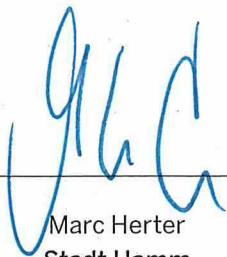
Thomas Westphal
Stadt Dortmund



Olaf Schade
Ennepe-Ruhr-Kreis



Erik O. Schulz
Stadt Hagen



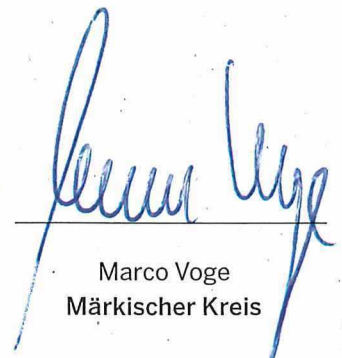
Marc Herter
Stadt Hamm



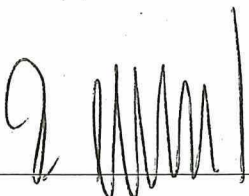
Dr. Frank Dudda
Stadt Herne



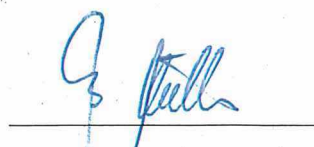
Dr. Karl Schneider
Hochsauerlandkreis



Marco Vogt
Märkischer Kreis



Theo Melcher
Kreis Olpe



Andreas Müller
Kreis Siegen-Wittgenstein



Eva Irrgang
Kreis Soest



Mario Löhr
Kreis Unna